

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848-48 ppbn d

## Inhalt

34. Jahrgang / 162

24. August 1979

Horst Ehmke MdB, Mitglied  
des SPD-Vorstandes, zur ge-  
meinsamen Erklärung der  
Evangelischen Kirchen in  
der DDR und der EKD: Ein  
Punkt der Gemeinsamkeit.  
Seite 1/2

Ein Punkt der Gemeinsamkeit

Zur gemeinsamen Erklärung der Konferenz der Evangelischen  
Kirchenleitungen in der DDR und des Rates der Evangelischen  
Kirche in Deutschland (EKD)

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB  
Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Hajo Hoffmann MdB zum Be-  
such des stellvertretenden  
CDU-Vorsitzenden Dregger in  
Chile: Chilenische Verhält-  
nisse Vorbild für die Bun-  
desrepublik?  
Seite 3/4

Anlässlich des Kriegsbeginns vor 40 Jahren haben die Kon-  
ferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR und  
der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)  
eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Sie trägt den  
Titel "Wort zum Frieden".

Marlies Kutsch, Leiterin  
des Arbeitsstabes Frauenpo-  
litik beim BMJFG, zum Wirt-  
schaftsgeld für Frauen:  
Ausgangsbasis verbessern.  
Seite 5/6

Die bloße Tatsache dieses gemeinsamen Vorgehens von Pro-  
testanten in den beiden deutschen Staaten verdient eine  
Hervorhebung. Die letzte gemeinsame Erklärung von Chri-  
sten in Ost und West liegt immerhin elf Jahre zurück.

Adolf Stockleben MdB zur  
Innovationstätigkeit klei-  
nerer und mittlerer Unter-  
nehmen: Gute Chancen.  
Seite 7

Ich möchte aus diesem "Wort zum Frieden" lediglich einen  
Satz herausgreifen. Dort heißt es: "Den Christen und  
Kirchen in den beiden deutschen Staaten ist es besonders  
aufgetragen, an der Vertiefung der Entspannungspolitik

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

mitzuarbeiten, für die die Schlußakte von Helsinki ein Zeichen der Hoffnung ist."

Hier wird eine ermutigende gemeinsame Aufgabe von Christen in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen erkennbar. Diese Aufgabe wirkt über die diplomatischen Bemühungen hinaus und ist ein Stück geistige Wirklichkeit geworden. Wer sich - wie es in der gemeinsamen Erklärung der Fall ist - um die geistigen Bedingungen für eine dauerhafte Friedenssicherung kümmert, drückt ein Stück Identität unter Deutschen aus.

Denn wir wissen: Nur in einer fortgesetzten Bemühung um Frieden wird die deutsche Teilung als Folge des vor 40 Jahren ausgebrochenen Zweiten Weltkrieges letztlich überwindbar und die Hoffnung auf eine die Spaltung Europas überwindende Gemeinsamkeit glaubwürdiger. Auf einem ganz anderen Sektor bestätigt das jetzt veröffentlichte gemeinsame Wort der Kirchen, daß eine konsequente Deutschlandpolitik auf Dauer doch Voraussetzungen schafft, die zuweilen im ideologischen Grabenkrieg zwischen Ost und West aus dem Blickfeld verschwinden.

Die beiden protestantischen Kirchen zeigen mit ihrem "Wort zum Frieden", daß es in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nach wie vor Punkte der Gemeinsamkeit gibt. Daß dies ausgerechnet zum 1. September geschieht, sollte die Politiker in Ost und West noch stärker dazu verpflichten, dem Wettrüsten mit gleichartigen Anstrengungen entgegenzuwirken. (-/24.8.1979/ks/ca)

+ + +

Durch Dregger ins Unglück  
-----

## Chilenische Verhältnisse für die Bundesrepublik?

Von Hajo Hoffmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

"Chile wurde durch Allende ins Unglück gestürzt", behauptete der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger in Chile. Man könnte glossieren, was Strauß recht war, kann Dregger nur billig sein. Aber eine Glosse über das, was dieser Vorreiter einer strammen und sauberen Republik chilenischen und deutschen Ohren alles zumutet, kommt einem nicht leicht über die Lippen. Was Dregger heute sagt, ist die Meinung von Franz Josef Strauß, der dasselbe gestern sagte, es heute aber Kanzlerkandidaten-like umschreibt und, diese fatalen Meinungen sind nicht nur für Chile bestimmt. Sie lassen auch Rückschlüsse auf die angestrebte Politik der Unions-Rechten zu. Schlimmer noch: Sie erzwingen solche Schlüsse, denn nach unserer deutschen Geschichtserfahrung soll der Bürger nicht mehr sagen müssen, er habe von den Zielen bestimmter Leute nichts ahnen können.

Dregger-Original im einzelnen: "Die ökonomischen Erfolge der strengen marktwirtschaftlichen Politik Chiles sind beeindruckend." Erstens ist das faktisch falsch, zweitens ist das ein interessanter Hinweis auf die CDU/CSU-Vorstellung zur Wirtschaftspolitik zuhause. Die Tatsachen: Gemessen am Lebensstandard und den Löhnen der chilenischen Bevölkerungsmehrheit zur Zeit Allendes liegen die heutigen Werte um rund ein Drittel niedriger. Für die ärmsten Bevölkerungsschichten ist die aktuelle Ernährungslage schlimmer als in den schwersten Krisen seit Mitte der 50er Jahre. So sagen es jedenfalls die Arbeiterpriester aus den Slums von Santiago de Chile. Die optischen Verbesserungen von Außenhandels- und Zahlungsbilanz ergeben sich einmal aus der vermehrten Ausfuhr von Lebensmitteln, die im eigenen Land dringendst gebraucht würden, zum zweiten kaufen ausländische Unternehmen große Teile des chilenischen Produktionsvermögens auf, ohne daß Neuinvestitionen auch nur annähernd den Stand erreichen, der zur Wirtschaftserholung zwingend notwendig wäre. Der traditionelle breite Mittelstand Chiles ist seit der Junta-Herrschaft in Auflösung. Der größere Teil verarmt und wird von den breiten armen Bevölkerungs-



schichten aufgesogen. Der kleinere Teil profitiert von der umfangreichen Umverteilung und steigt in die wohlhabende Oberschicht ein. Die soziale und verkehrspolitische Infrastruktur des Landes hat sich erheblich verschlechtert. Nur die Hoffnung der ehemaligen Großunternehmer und Großgrundbesitzer bessert sich, denn neueste Pläne der Militärdiktatur sehen die Wiederherstellung der großen Latifundien vor.

Wollte man diese Tendenzen auf bundesdeutsche Verhältnisse übersetzen, so hieße das:

- Abbau der sozialen Dienste,
- Einkommens- und Vermögensverteilung großen Stils zugunsten der schon Besitzenden,
- Beschleunigung der Konzentrationsprozesse der Wirtschaft zu Lasten kleiner und mittlerer selbständiger Existenzen.

Doch damit nicht genug aus Dreggers Wundertüte. Dem verwunderten Zuhörer offenbart er: "Eine Rückkehr Chiles zur Demokratie würde der inneren Logik eingeleiteter Reformen entsprechen."

Offensichtlich hat der Schattenminister eines Schattenkabinetts Strauß die besondere Logik chilenischer Reformen "entdeckt". Wahrheit ist, daß die zwischenzeitliche Auflockerung für die Organisationsfreiheit von Gewerkschaften in jüngster Zeit rigoros abgewürgt worden ist. Alle Maßnahmen Pinochets lassen auf die gewaltsame Einführung einer Zwangsgewerkschaft schließen, wie sie in Reinkultur nur in faschistischen Staatsgebilden festzustellen ist. Auch die Bewegungsspielräume der sozialpolitisch engagierten katholischen Organisationen, die eine bemerkenswert mutige Aufgabe wahrnehmen, wird nicht etwa erweitert, sondern unterdrückt. Die Bewegung zahlreicher Gruppen verschiedenster politischer und gesellschaftlicher Herkunft zur Erarbeitung einer neuen Verfassung wird nicht etwa geduldet, sondern bekämpft. Alle diese Tatsachen zeigen nach einer kleinen Phase der Unsicherheit der Junta heute einen strammen faschistischen Weg Chiles.

Nun sollte man Dregger und Glaubensfreunden nicht unterstellen, sie wollten bei uns faschistische Zustände installieren. Sie als politische Gang zu bezeichnen, kann zu Mißinterpretationen Anlaß geben. Eins aber läßt sich sagen: Wenn die Dreggersche Logik der Einschätzung chilenischer Wirklichkeit auf seine Vorstellung über die zu verändernde Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland verlängert wird, wenn solche Vorstellungen bei uns mehrheitsfähig werden könnten, dann wird unser Staat in die Hände einer autoritären Gruppe gegeben, der Chancengleichheit nichts und Umverteilung zugunsten Besitzender nahezu alles bedeutet.

(-/24.8.1979/ks/ca)

+ + +



Ausgangsbasis verbessern  
-----

Wirtschaftsgeld für Frauen oder Teilhaber am Einkommen

Von Marlies Kutsch

Leiterin des Arbeitsstabes Frauenpolitik beim Bundesministerium  
für Jugend, Familie und Gesundheit

Unter den Briefen, die der Arbeitsstab Frauenpolitik beim Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit bekommt, findet sich eine Anzahl, in denen nach einem Anspruch auf Wirtschaftsgeld, auf Taschengeld, nach Höhe eines etwaigen Geldes für Bekleidung für Frau und Kinder gefragt wird. In der Regel kommen diese Briefe von Frauen, die ausschließlich im Familienhaushalt tätig sind, nur eine sehr vage Vorstellung vom Einkommen des Ehemannes und offensichtlich Schwierigkeiten haben, genügend Geld für die Bedürfnisse der Familie von ihrem Ehemann zu bekommen.

Der Rat, der dann leider immer noch zu häufig diesen Frauen gegeben wird, in einem "günstigen Augenblick" um mehr Wirtschaftsgeld zu bitten, kann für den Arbeitsstab Frauenpolitik keine Antwort sein. Allerdings hilft die richtige Feststellung, daß die Ehegatten partnerschaftlich miteinander umgehen, die Verantwortung gemeinsam tragen und über ihre Aufgaben frei und gleichberechtigt entscheiden, wie es im Ehe-recht vorgeschrieben ist, diesen Frauen in ihrer konkreten Situation wenig.

Ihre Ausgangsbasis in der Auseinandersetzung um solche Fragen muß verbessert werden. Wohlbemerkt: Die Ausgangsbasis in Streitfällen. In der Regel wird alles, was den Bereich Familie und Ehe angeht - also auch die finanziellen Fragen - konfliktlos gelöst. Konfliktfälle sind die Ausnahme. Nur diese Fälle werden durch rechtliche Bestimmungen überhaupt berührt. Hier ist es wichtig, daß keiner der Ehepartner in der Praxis bevorzugt ist. Es kommt also darauf an, daß Frauen über ihre Rechte gerade im Konfliktfall besser Bescheid wissen.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auf das Anliegen des Gleichberechtigungsgesetzes verwiesen werden, durch das Mitte der fünfziger Jahre die unerträgliche Benachteiligung



von Frauen aufgehoben wurde. Man erinnere sich nur daran, daß bis dahin der Vater das alleinige Entscheidungsrecht über das Schicksal seiner Kinder hatte, daß es dem Ehemann rechtlich möglich war, seiner Frau Berufstätigkeit zu verbieten, ihr die Einrichtung eines Bankkontos zu untersagen, ja, selbst über das von ihr in die Ehe eingebrachte Haus zu verfügen - um nur einige Beispiele zu nennen.

Diese Vorrechte des Mannes waren aber kaum bekannt, weil sie in intakten Ehen und Familien kein Diskussionspunkt waren. Wo es allerdings Schwierigkeiten gab, waren diese Vorrechte eine gern genutzte Möglichkeit, die Hausfrau und Mutter "zur Raison" zu bringen.

Die sehr allgemein formulierte Unterhaltspflicht nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch läßt in Ehen, in denen es Streit um Geld gibt, dem alleinverdienenden Ehemann sehr viel Raum, der Ehefrau und der Mutter seiner Kinder Wirtschafts- und Taschengeld nach seinen Vorstellungen zuzuteilen. Die so betroffenen Frauen bleiben in einer spürbaren wirtschaftlichen Abhängigkeit, die dem Grundgedanken von Partnerschaft in der Ehe nicht gerecht wird und einer falschen Auslegung des geltenden Rechts gleichkommt.

Wenn dagegen die Frauen, die gleichverantwortlich für ihre Arbeit einen wichtigen, manchmal sogar den wichtigeren Beitrag zum Unterhalt der Familie leisten, besser darüber informiert werden, daß sie im Streitfall auch bezüglich des Wirtschaftsgeldes mehr Rechte als bisher erkennbar auf ihrer Seite haben, bringt das mehr Sicherheit in die Ehe.

Beim Steuerrecht wird ja schon seit langem so getan, als sei das gemeinsame Einkommen von jedem Ehepartner je zur Hälfte erzielt worden. Dieser Grundsatz sollte auch in den genannten Streitfällen praktiziert werden. Es gibt bereits eine Reihe richterlicher Entscheidungen zu diesem Problem, die geltende unterhaltsrechtliche Bestimmungen konkreter auslegen. Wenn allerdings eine Frau sich gezwungen sieht, wegen solcher finanzieller Fragen vor Gericht zu gehen, dürfte die Ehe in der Regel ohnehin nicht mehr in Takt sein.

An ein neues Gesetz denkt zur Zeit niemand in der Bundesregierung. Vermutlich auch niemand im Bundestag. Trotzdem können Überlegungen, wie Hausfrauen und Familienmüttern mehr Sicherheit und Klarheit vermittelt werden kann, hilfreich sein. Die jetzt begonnene Diskussion kann dazu beitragen, ein Problem deutlicher zu machen, das bisher immer nur verschämt behandelt wurde. Es ist erstaunlich, welchen Widerstand solche Ideen gerade bei denen hervorrufen, die oft und oft erklären, daß die Lage der Hausfrauen und Familienmütter nicht genügend gestärkt werde, wenn ein Gedanke geäußert wird, der eben die Situation der Hausfrau und Familienmutter in der Ehe stärken könnte.

(-/24.8.1979/ks/ca)

Vernünftiger Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Gute Chancen  
-----

Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen erhalten und steigern

Von Adolf Stockleben MdB

Obmann im Bundestags-Ausschuß für Forschung und Technologie

Unsere Volkswirtschaft steht auch nach Abflauen der Wirtschaftskrise weiterhin vor den schwierigen Aufgaben, sich weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen und technischem Wandel immer wieder neu anpassen zu müssen. Sie erfordern von Untenehmern wie Arbeitnehmern ein hohes Maß an Risikobereitschaft und Zukunftsorientierung. Eine wirksame Forschungs- und Technologiepolitik muß den notwendigen Strukturwandel in unserer Wirtschaft aktiv unterstützen. Doch Förderung von Forschung und Entwicklung muß sich auf innovationsträchtige, ökologisch wichtige und arbeitsbeschaffende und -erhaltende Bereiche konzentrieren. Das ist vor allem mit direkter und in gewissem Umfange einer indirekt-spezifischen Förderung, nicht aber mit der Gießkanne der indirekten Förderung möglich und sinnvoll.

Mit dem forschung- und technologiepolitischen Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen und den Beschlüssen zum Bundeshaushalt, der Anfang September im Bundestag eingebracht wird, setzt die Bundesregierung ihre Politik fort, den Innovationsprozeß in der Wirtschaft zu fördern, die vielen kleinen und mittleren Unternehmen bei der Umsetzung von Ergebnissen der Forschung und Entwicklung zu unterstützen und so auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu stärken.

Der wachsende Bedarf an spezialisierten und individuellen Leistungen und Gütern bietet kleinen und mittleren Unternehmen zwar eine gute Chance, sich im Wettbewerb zu behaupten, doch laufen diese Unternehmen auch oft in die Gefahr, daß grundlegend neue technische Lösungen nicht schnell genug angewandt werden können. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren begonnen, ein Instrumentarium aufzubauen, das der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen dient und den Innovationsprozeß bei ihnen in seinen verschiedenen Stadien von der Ideenfindung bis zur Markteinführung beschleunigen und stärken soll.

Es ist von besonderer Bedeutung, daß die hierfür vorgesehenen Mittel zweckentsprechend, schnell und ohne großen bürokratischen Aufwand vergeben werden können. Zu den Kinderkrankheiten des Innovationsprogramms für kleine und mittlere Unternehmen gehörte eine gewisse Schwerfälligkeit der Antrags- und Bewilligungsverfahren. Diese wurde inzwischen beseitigt und die Verfahren wurden vereinfacht.

Um sich einen Überblick über die inzwischen absehbaren Entwicklungen und die Verwirklichung von Anregungen, die sich aus der Beratung der verschiedenen Programme ergaben, zu verschaffen, haben die Koalitionsfraktionen eine kleine Anfrage an die Bundesregierung eingebracht. Auf einzelnen Gebieten, wie der externen Vertragsforschung, der Innovationsberatung sowie der F+E-Personalkostenzuschüsse mußten erst Erfahrungen gesammelt werden, um die Wirksamkeit der Fördermaßnahmen abschätzen zu können. An den Antworten der Bundesregierung, die die Programmdarstellung im Forschungsbericht VI aktualisieren und ergänzen werden, wird abzulesen sein, welche weiteren Schritte noch getan werden müssen, um die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und zu steigern.

(-/24.8.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

